

Aarau, 02.05.2019

Traditioneller 1. Mai Familienanlass der FDP Aarau bei der Stützpunktfeuerwehr Aarau

FDP Aarau: Wenn politische und richtige Brände drohen

Der traditionelle 1. Mai Familienanlass der FDP.Die Liberalen Aarau fand mit reger Beteiligung bei der Stützpunktfeuerwehr Aarau statt. Dabei wurden die beiden aktuellen kommunalen Vorlagen diskutiert. Es resultierten einstimmig: Ja zur Sanierung der Station Milchgasse, Nein zur Schuldenbremse. Grosses Interesse fand auch die Vorstellung der Stützpunktfeuerwehr an der Erlinsbacherstrasse.

Rund 80 Personen, darunter erfreulich zahlreiche junge Familien mit Kindern, sind der Einladung der FDP Aarau zum traditionellen 1. Mai-Anlass zur Stützpunktfeuerwehr Aarau gefolgt. Im ersten Teil wurden nach der Begrüssung durch Co-Präsident Marius Stadtherr die beiden aktuellen kommunalen Abstimmungsvorlagen vom 19. Mai diskutiert. Der Baukredit zur Sanierung der Station Milchgasse wurde ohne Gegenstimme zur Zustimmung empfohlen. Lebhaftige Diskussionen gab es rund um die Abstimmung zur «Schuldenbremse» - eine Initiative, welche die FDP zusammen mit der CVP vor rund drei Jahren mit über 1400 gesammelten Stimmen eingereicht hatte. Nach einer Einführung durch Fraktionspräsident Yannick Berner zeigten sich die Votanten erschüttert über das Vorgehen der Mitte-Links-Mehrheit im Aarauer Einwohnerrat. Ohne Gegenstimme bestätigten die Anwesenden die Nein-Parole zur «Schuldenbremse» (siehe Kasten).

Stadträtin Suzanne Marclay-Merz führte danach über zum gesellschaftlichen Teil und freute sich, dass mit der Stützpunktfeuerwehr ein wichtiges Element aus ihrem Verantwortungsbereich, im Zentrum des Interesses stand. An verschiedenen Posten konnten die Besucherinnen und Besucher danach alles rund um die Feuerwehr, deren Einsatzgeräte und Möglichkeiten kennenlernen.

Nein zu einer krassen Missachtung der Volksinitiative durch den Einwohnertrat

Die Versammlung der FDP Aarau vom 1. Mai 2019 hat bei etwa 80 Anwesenden einstimmig die NEIN-Parole zur Vorlage des Einwohnerrates nochmals beschlossen.

Während der Versammlung wurde folgende Position bekräftigt: Die Volksinitiative der FDP für eine Schuldenbremse ist im Sommer 2016 zustande gekommen. Also muss eine Volksabstimmung über eine Schuldenbremse stattfinden. Hat die Initiative wie hier die Form einer allgemeinen Anregung, so muss – zwingend - das Parlament eine „entsprechende“ Vorlage mit einer Schuldenbremse ausarbeiten. Diese Pflicht hat der Einwohnerrat nicht erfüllt. Er hat eine Schein-Lösung getroffen und nur Selbstverständlichkeiten aus dem kantonalen Gesetz wiederholt. Überflüssigerweise, wie der Stadtrat im Abstimmungsbüchlein zu Recht sagt. Auch auf dem Stimmzettel ist nicht von «Schuldenbremse» die Rede. Dass keine Schuldenbremse in die Gemeindeordnung aufgenommen werden soll, bedeutet, dass der Einwohnerrat Angst hat, das Aarauer Volk werde eine Schuldenbremse, d.h. eine Ordnung mit einem Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben sowie einer verbindlichen Regelung bei konjunkturellen Schwankungen gutheissen; der Bund und die meisten Kantone besitzen eine Schuldenbremse und haben Erfolg damit.

Nach der Verfassung kommt der Einwohnerrat nicht an einer echten Volksabstimmung über die Schuldenbremse in der Gemeindeordnung vorbei. Der Einwohnertrat muss nach dem Entscheid vom 19. Mai nochmals über die Bücher. Er bleibt verpflichtet, die Volksinitiative umzusetzen und dazu einen Beschluss, diesmal hoffentlich im Konsens, zu finden. Über den neuen Vorschlag muss das Aarauer Volk befinden können. Weigert sich der Einwohnerrat erneut, muss er durch Beschwerden zur Beachtung der Volksrechte gezwungen werden. Er hat bisher das Initiativrecht verletzt.

Kontakt:

Marius Stadtherr, Co-Präsident, stadtherr@gmx.ch, 079 202 00 05

Martin Bahn Müller, Kommunikation, martin.bahnmueller@gmail.com, 079 351 48 43